

gen oder Plenartagungen wahrnimmt. Das P. des *Zentralkomitees der SED* tritt entsprechend dem Statut der SED mindestens einmal in sechs Monaten zusammen. Es nimmt den Bericht des *Politbüros des Zentralkomitees der SED* entgegen und berät und beschließt über die Aufgaben, die sich gemäß dem Statut der SED aus der Durchsetzung der Beschlüsse von Parteitag und Parteikonferenzen ergeben. Die Beschlüsse des P. des ZK der SED sind für alle Parteioorganisationen und Parteimitglieder der SED verbindlich. Die Kandidaten des ZK der SED nehmen an den Plenartagungen mit beratender Stimme teil. Gemäß dem Statut der SED kann das ZK entsprechend dem Charakter der zu erörternden Fragen Funktionäre der Parteiorgane, der Massenorganisationen, der Staats- und Wirtschaftsorgane sowie Fachleute aus verschiedenen Bereichen zur aktiven Teilnahme an seinen Plenartagungen einladen. Das P. der *Vollversammlung der Abgeordneten des höchsten staatlichen Machtorgans der DDR* entscheidet über die Grundfragen der Staatspolitik, die für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung von Bedeutung sind. Es beschließt die Gesetze und faßt die Beschlüsse der Volkskammer, die für alle Staats- und Wirtschaftsorgane sowie für die Bürger und ihre gesellschaftlichen Organisationen verbindlich sind.

Pluralismus: (eigtl. Vielheits-, Mehrheitslehre) bezeichnet eine Klasse idealistischer Weltanschauungen, die - im Gegensatz zum Monismus - nicht die Einheit der Welt, sondern ihre Vielheit zur grundlegenden Bestimmung der Wirklichkeit erhebt.

Dabei werden ein innerer Zusammenhang und das Wirken allgemeingültiger Gesetzmäßigkeiten geleugnet. In dieser Bedeutung wurde der Begriff P. von W. James in die philosophische Literatur eingeführt, angewandt und verbreitet. Pluralistisch geprägte philosophische Richtungen sind z. B. der *Pragmatismus*, der *Personalismus*, der *Positivismus*. Der P. in seinen verschiedenen Erscheinungsformen ist den unterschiedlichsten bürgerlichen philosophischen, politischen und ökonomischen Richtungen eigen. Er stellt den Versuch der imperialistischen Ideologie dar, die antagonistischen Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus umzudeuten in das „Kräftespiel“ verschiedenartiger Interessen. Er ist Ausdruck des Unvermögens der imperialistischen Ideologen, die objektiv wirkenden Gesetzmäßigkeiten wissenschaftlich aufzudecken und zu erklären. Im Kampf gegen den materialistischen Monismus und die marxistisch-leninistische Staatstheorie fand die bürgerliche P.konzeption große Verbreitung. Der politische P. — von H. I. Laski auf die Staatstheorie angewandt — wird als theoretische Grundlage des bürgerlichen Demokratiebegriffs eingeführt. Dabei wird der Kompromiß zu einer zentralen Kategorie erhoben. In der Ideologie von der pluralistischen Gesellschaft wird die P.konzeption genutzt, um die gegensätzlichen Klasseninteressen in der kapitalistischen Gesellschaft zu verschleiern und im bürgerlichen Sinne zu deuten. Damit wird der P. zugleich zur Alternative gegenüber der *Diktatur des Proletariats* erhoben. Die Ausdehnung der P.konzeption auf den politischen Bereich im Imperialismus ist kein einheitlicher Prozeß. Die